

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 14

03.04.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

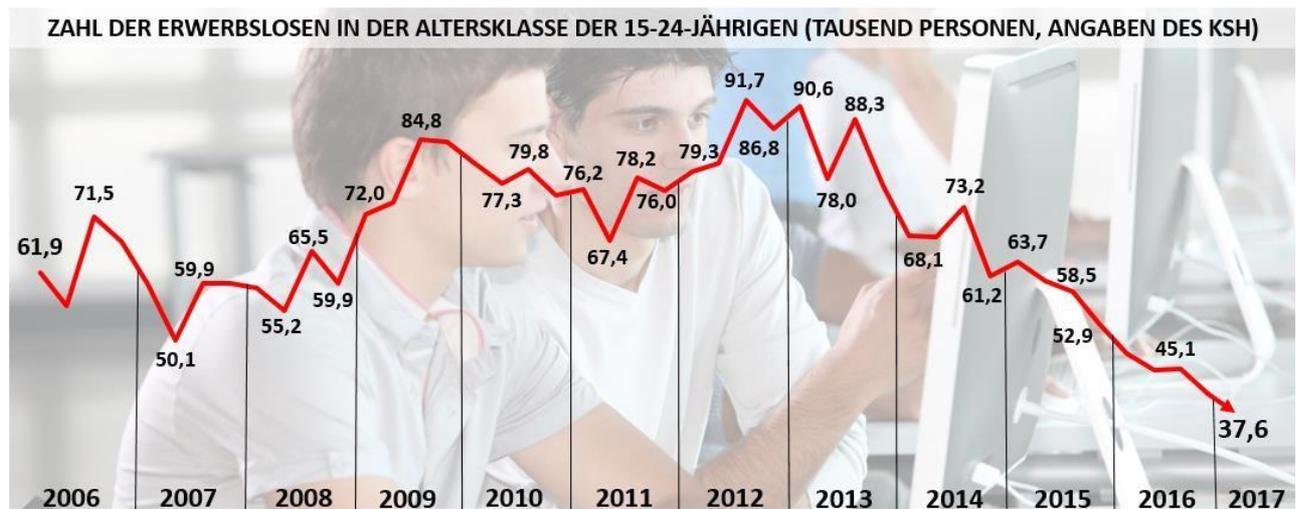
- **DIE ZAHL DER JUNGEN ERWERBSLOSEN IST DEUTLICH GESUNKEN.** Die Erwerbslosenquote der Berufsanfänger (15-24-Jährige) sank im Zeitraum Dezember 2016 bis Februar 2017 gemessen an dem Zustand vor einem Jahr um 3,2 Prozentpunkte auf 11,1 Prozent. Das ist eine der besten Quoten innerhalb der Gemeinschaft und liegt deutlich unter dem Durchschnitt der entsprechenden Erwerbslosenquote von 17,7 Prozent in den EU-28. Die Beschäftigtenzahl steht gegenwärtig bei 4,372 Millionen Personen.
- **DEUTSCHLAND IST UNSER WICHTIGSTER HANDELSPARTNER.** Die Europäische Union hat ein Drittel ihres Handels 2016 mit den Vereinigten Staaten und China abgewickelt. Gut ein Viertel der ungarischen Exporte – 28 Prozent – gingen zum größten Handelspartner, nach Deutschland. Unsere weiteren wichtigsten Partner sind an zweiter und dritter Stelle Rumänien und die Slowakei mit jeweils 5 Prozent.
- **DIE EUROPÄISCHE VOLKSPARTEI SCHLIEßT SICH DEM UNGARISCHEN STANDPUNKT AN.** Der Kongress der Europäischen Volkspartei auf Malta verabschiedete eine Resolution, die mit dem Standpunkt Ungarns übereinstimmt. Dies ist ein weiteres gutes Beispiel dafür, dass der im Zusammenhang mit der Einwanderungspolitik vertretene und früher heftig kritisierte ungarische Standpunkt mittlerweile europaweit Anerkennung findet.
- **STABILER VORSPRUNG DER REGIERUNGSPARTEIEN, AUSEINANDERFALLENDE OPPOSITION.** Die Sympathiewerte der Jobbik liegen hinsichtlich des wahrscheinlichsten Wahlergebnisses für die Parteilisten um fünf Prozentpunkte unter den bei den Parlamentswahlen des Jahres 2014 erreichten 21 Prozent, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézöpont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Die Erhebung zeigt zugleich, dass sich die Aufspaltung des linken Parteienlagers durch die Erfolge der Momentum-Bewegung und der Witzpartei des Zweischwänzigen Hundes noch fortsetzte, nachdem diese beiden Parteien im März hinsichtlich des wahrscheinlichsten Listenergebnisses jeweils 2 Prozent erreichen konnten.
- **GESETZENTWURF IST NICHT GEGEN DIE CEU GERICHTET.** Die Vorlage zur Modifizierung des Hochschulgesetzes macht den Betrieb der Central European University (CEU) nicht unmöglich und ist nicht diskriminierend. Das Ziel der Regierung ist es lediglich, die durch das Bildungsamt im Zuge einer umfassenden Untersuchung aufgedeckten Unregelmäßigkeiten auf dem Wege von Rechtsnormen zu beheben und den regulären Betrieb ausländischer Institutionen zu gewährleisten.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Zahl der jungen Erwerbslosen ist deutlich gesunken

Die Erwerbslosenquote der Berufsanfänger (15-24-Jährige) sank im Zeitraum Dezember 2016 bis Februar 2017 gemessen an dem Zustand vor einem Jahr um 3,2 Prozentpunkte auf 11,1 Prozent. Das ist eine der besten Quoten innerhalb der Gemeinschaft und liegt deutlich unter dem Durchschnitt der entsprechenden Erwerbslosenquote von 17,7 Prozent in den EU-28. Die Beschäftigtenzahl steht gegenwärtig bei 4,372 Millionen Personen.

Zwischen Dezember und Februar wurden im Lande insgesamt 4,372 Millionen Beschäftigte gezählt, unter denen 205.000 Menschen in öffentlichen Arbeitsprogrammen tätig waren, während 114.000 Personen auf Aussendung im Ausland waren und 4,053 Millionen Arbeitnehmer auf dem einheimischen offenen Arbeitsmarkt beschäftigt wurden. Die Beschäftigungsquote der Menschen im besten Arbeitsalter zwischen 25 und 54 Jahren legte um 1,7 Prozentpunkte auf 82,6 Prozent zu. Die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer zwischen 55 und 64 Jahren verbesserte sich um 3,5 Prozentpunkte auf 50,4 Prozent.



In der Altersklasse der 20-64-Jährigen – für welche die Europäische Union im Rahmen ihrer Strategie „Europa 2020“ einen Zielwert der Beschäftigung von 75 Prozent ausgegeben hat – legte die Beschäftigungsquote um 2,5 Prozentpunkte auf 72,1 Prozent zu. Die Erwerbslosenquote der Altersklasse der 15-24-Jährigen fiel um 3,2 Prozentpunkte auf 11,1 Prozent zurück. Die Erwerbslosenquote der Personen im besten Arbeitsalter, also zwischen 25 und 54 Jahren, verringerte

sich um 1,6 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent, jene der Personen zwischen 55 und 64 Jahren um 1,4 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent.

Dank der ständig verbesserten Arbeitsmarktdaten gehört die Erwerbslosenquote der Berufsanfänger bei uns zu den niedrigsten innerhalb der Europäischen Union. Dieser Trend trägt in großem Maße zur Verwirklichung der nationalstrategischen Zielstellung bei, wonach immer weniger junge Leute zum Zweck der Arbeitsübernahme ins Ausland auswandern sollen.

Deutschland ist unser wichtigster Handelspartner

Die Europäische Union hat ein Drittel ihres Handels 2016 mit den Vereinigten Staaten und China abgewickelt. Gut ein Viertel der ungarischen Exporte – 28 Prozent – gingen zum größten Handelspartner, nach Deutschland. Unsere weiteren wichtigsten Partner sind an zweiter und dritter Stelle Rumänien und die Slowakei mit jeweils 5 Prozent.

Nach den aktuellsten Angaben von Eurostat erreichte der Waren- und Güterverkehr 2016 in einem seit dem Tiefpunkt des Jahres 2011 anhaltenden leichten Aufwärtstrend 610 Milliarden Euro, was 17,7 Prozent am EU-Außenhandel entsprach. Ungarns EU-interne Exporte lagen mit 81 Prozent im Jahre 2016 weit über dem Durchschnitt der Gemeinschaft (von 64 Prozent). In dieser Hinsicht übertreffen einzig die Slowakei (mit 85 Prozent), Tschechien (mit 84 Prozent) und Luxemburg (mit 83 Prozent) noch Ungarn. 28 Prozent der ungarischen Exporte gingen in Richtung des bedeutendsten Handelspartners Deutschland, welche Relation auf der Importseite 26 Prozent betrug.

Bemerkenswert ist, dass der Warenhandel der EU mit Russland und Japan im Zeitraum 2000-2016 ungefähr auf die Hälfte zurückfiel. Der Hauptgrund für sinkende Handelsvolumen in der russischen Relation sind die gegenüber Russland eingeführten Wirtschaftssanktionen. Im Januar dieses Jahres kann in dieser Beziehung eine Verbesserung wahrgenommen werden: Unbeeindruckt von gegenseitigen Handelsrestriktionen legten die Importe der EU aus Russland in diesem Januar gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 59 Prozent auf 13,7 Milliarden Euro zu, während gleichzeitig die Exporte aus der Gemeinschaft nach Russland um 45 Prozent auf 6 Milliarden Euro stiegen. Der russische Exportzuwachs ist in erster Linie dem Plus im Energiesektor, d. h. der infolge der in der Vergangenheit erlebten Rückfälle niedrigen Basis, aber auch jenem Umstand zu verdanken, dass sich Europa allen harten Worten zum Trotz nicht selbst „ins Bein schießen“ will.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Die Europäische Volkspartei schließt sich dem ungarischen Standpunkt an

Der Kongress der Europäischen Volkspartei auf Malta verabschiedete eine Resolution, die mit dem Standpunkt Ungarns übereinstimmt. Dies ist ein weiteres gutes Beispiel dafür, dass der im Zusammenhang mit der Einwanderungspolitik vertretene und früher heftig kritisierte ungarische Standpunkt mittlerweile europaweit Anerkennung findet.

Gab es in den Jahren 2015 und 2016 hinsichtlich der Maßnahmen und Konzeptionen in Verbindung mit der Migrationskrise selbst im Kreis der Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei mehrere Meinungsverschiedenheiten, sind diese Gegensätze mittlerweile nahezu vollständig verschwunden. In der für Ungarn sehr wichtigen Migrationsfrage sprach der Kongress aus, dass der Schutz der Grenzen verstärkt werden müsse, wobei die Asylbewerber klar von den Wirtschaftseinwanderern zu unterscheiden seien. Dabei sollten jene, die zum Flüchtlingsstatus berechtigt sind, bereits außerhalb Europas von jenen getrennt werden, die keine derartige Berechtigung besitzen.

In Europa nähern sich somit immer mehr Länder jener vernünftigen Migrationspolitik mit entsprechenden Maßnahmen an, welche Ungarn bereits seit Jahren anstrengt. Im Gegensatz dazu sind die durch die Europäische Kommission forcierten Lösungsvorschläge zum Scheitern verurteilt; nun hat auch Österreich signalisiert, keine Flüchtlinge im Rahmen des durch Brüssel ausgearbeiteten Systems der Umverteilungsquoten aufnehmen zu wollen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

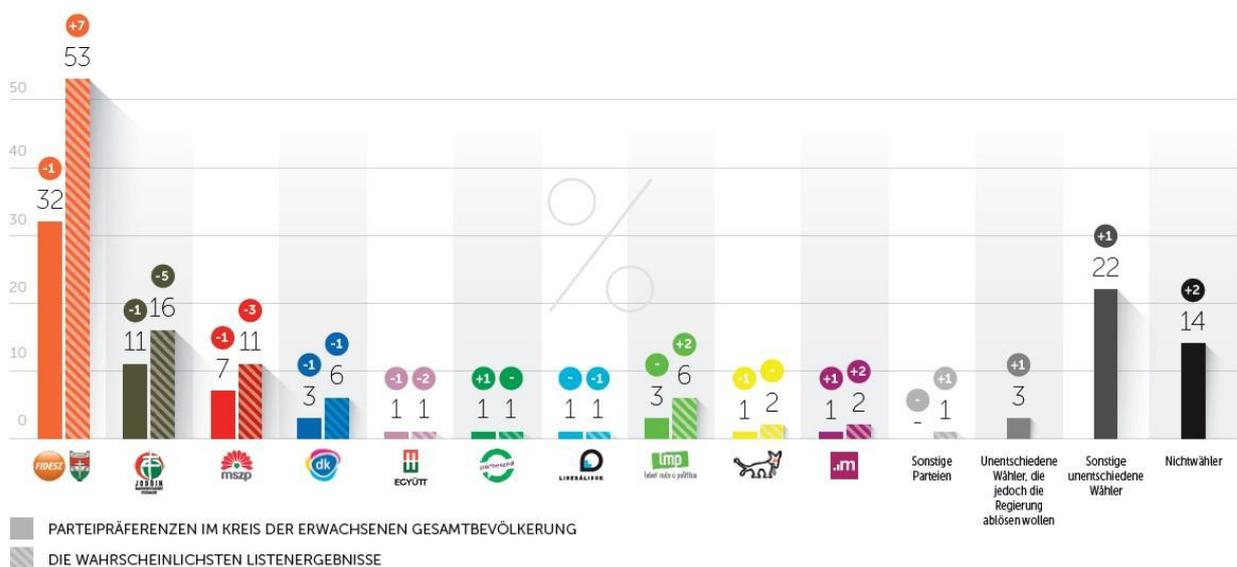
Stabiler Vorsprung der Regierungsparteien, auseinanderfallende Opposition

Die Sympathiewerte der Jobbik liegen hinsichtlich des wahrscheinlichsten Wahlergebnisses für die Parteilisten um fünf Prozentpunkte unter den bei den Parlamentswahlen des Jahres 2014 erreichten 21 Prozent, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts für die Tageszeitung „Magyar Idők“ hervor. Die Erhebung zeigt zugleich, dass sich die Aufspaltung des linken Parteienlagers durch die Erfolge der Momentum-Bewegung und der Witzpartei des Zweischwänzigen Hundes noch

fortsetzte, nachdem diese beiden Parteien im März hinsichtlich des wahrscheinlichsten Listenergebnisses jeweils 2 Prozent erreichen konnten.

Fidesz-KDNP führten auch im März selbstsicher im Parteienwettbewerb: In diesem Monat standen 32 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung hinter den Regierungsparteien, was nach den im Februar gemessenen 33 Prozent lediglich eine Verschiebung innerhalb der Fehlertoleranz darstellt. Auf der gleichen Basis sympathisieren mit der Jobbik 11 Prozent, mit der MSZP 7, der DK und der LMP jeweils 3 Prozent, mit der Együtt, der PM und den Liberalen von Gábor Fodor gleichermaßen 1 Prozent der Wähler. Neben der Witzpartei MKKP konnte auch die Momentum-Bewegung bei 1 Prozent gemessen werden.

Wenn man die wahrscheinlichsten Ergebnisse nach den Parteilisten betrachtet, dürfen Fidesz-KDNP mit einem Plus von sieben Prozentpunkten aktuell auf 53 Prozent der Stimmen rechnen, während es die Jobbik nach einem Minus um fünf Prozentpunkte noch auf ein Wahlergebnis von 16 Prozent bringen würde. Ausgehend von diesen Zahlen würden die Regierungsparteien aktuell ein besseres Listenergebnis im Vergleich zu 2014 erzielen, wohingegen die Unterstützung für die Jobbik um fünf Prozentpunkte hinter dem 2014 erzielten – und auch in den Vormonaten noch gemessenen – inländischen Listenergebnis von 21 Prozent zurückfällt. Im Hintergrund dieser Entwicklung muss jener Umstand gesehen werden, dass die Aktivität der Sympathisanten von Fidesz-KDNP unverändert hoch ist, während das Lager der Jobbik-Anhänger im Vergleich zum Februar unsicherer wurde.



Das wahrscheinlichste Ergebnis der MSZP-Liste erreicht 11 Prozent, bei der DK sind es 6 Prozent, während die linken Splitterparteien Együtt und PM sowie die Liberalen auf dieser Basis
 Quelle: Médianézó – www.medianezo.hu

gleichermaßen 1 Prozent erreichen würden. Für die Parteien des einst bestehenden Linksbündnisses würden somit zusammengenommen immer noch mehr Menschen stimmen, als für die Jobbik (nämlich ausgehend von den wahrscheinlichsten Listenergebnissen 20 Prozent). Das Wählerlager der Linken wurde derweil weiter durch die Momentum-Bewegung und die Witzpartei MKKP gespalten, nachdem diese beiden Parteien im März hinsichtlich des wahrscheinlichsten Listenergebnisses jeweils 2 Prozent erreichen konnten. Die LMP vereint in dieser Hinsicht 6 Prozent der Stimmen auf sich.

Methodik

Die persönliche Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte im Zeitraum 3.-26. März 2017 mit der Befragung von 2.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer repräsentativen Auswahl von 2.000 Personen ergibt sich bei einer Zuverlässigkeit von 95 Prozent eine Fehlertoleranz von 2,2 Prozent. Auf der Abbildung haben wir auch die Abweichungen gegenüber der Erhebung vom vorigen Monat in Prozentpunkten gekennzeichnet.

Gesetzentwurf ist nicht gegen die CEU gerichtet

Die Vorlage zur Modifizierung des Hochschulgesetzes macht den Betrieb der Central European University (CEU) nicht unmöglich und ist nicht diskriminierend. Das Ziel der Regierung ist es lediglich, die durch das Bildungsamt im Zuge einer umfassenden Untersuchung aufgedeckten Unregelmäßigkeiten auf dem Wege von Rechtsnormen zu beheben und den regulären Betrieb ausländischer Institutionen zu gewährleisten.

Das Bildungsamt hat zahlreiche Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Betrieb ausländischer Hochschuleinrichtungen in Ungarn aufgedeckt. Das Amt stellte fest, dass mehrere Universitäten gegen die Gesetzeslage verstoßen, indem diese in Ungarn ausländische Diplome erteilen, ohne im Mutterland Studiengänge anzubieten, was durch die ungarischen Rechtsvorschriften vorgeschrieben wird. Als kritisch können weiterhin jene Fälle bezeichnet werden, da ausländische Einrichtungen im Ursprungsland nicht als staatlich anerkannte Hochschuleinrichtungen eingestuft werden. Ein ähnliches Problem stellt es dar, wenn einzelne Institutionen zwar in ihrem Ursprungsland als staatlich anerkannte Hochschuleinrichtungen eingestuft werden, jedoch jene Studiengänge, die diese Einrichtungen in Ungarn anbieten, nicht unbedingt einen staatlich anerkannten Hochschulabschluss generieren.

Ausgehend von den Erfahrungen, die bei der Überprüfung der Betriebsgenehmigungen gesammelt wurden, lässt sich aussagen, dass hinsichtlich der überwiegenden Mehrheit der ausländischen

Institutionen Unregelmäßigkeiten und Mängel festzustellen sind, was eine strengere und exaktere Auslegung der Regeln rechtfertigt. Die entfachte innenpolitische Debatte um die CEU ist unbegründet, nachdem die Regierung nicht darauf aus ist, die von George Soros gegründete Universität zu schließen, für welche Universität die Pläne der Regierung zur Modifizierung von Rechtsnormen nicht unerfüllbar sind. Den Fortbestand der CEU wird obendrein voraussichtlich ein zwischenstaatliches Abkommen gewährleisten, welches nach ungarischer Absicht in naher Zukunft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Ungarn abgeschlossen wird.

PROGNOSE

- Am 4. April kommt es in Frankreich zu einer weiteren TV-Debatte der Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten. Der Einsatz bei dieser Debatte ist hoch, denn laut Umfragen haben sich rund vierzig Prozent der Franzosen noch nicht festlegen können, für wen sie in der ersten Runde der Wahl ihre Stimme abgeben wollen.
- Am 5. April entscheidet die Budapester Bürgerschaft über die Ausbildung eines Hochwasserschutzes im Raum Csillaghegy, einschließlich des umstrittenen Uferabschnitts Római part.
- Am 5. und 6. April beraten sich die NATO-Außenminister in Brüssel. US-Außenminister Rex Tillerson wird an dem Treffen nicht teilnehmen, nachdem der Präsident Chinas die Vereinigten Staaten besucht.
- Am 6. und 7. April empfängt US-Präsident Donald Trump den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping.
- Am 9. April können die in Ungarn lebenden Türken ihre Stimme im Rahmen des Referendums über die Ausweitung des Präsidentsystems abgeben. In der Türkei findet das Referendum am 16. April statt.